

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

Wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsseitigen 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Nachdruck, Datennachricht und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehöhe für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 13.

Donnerstag, den 28. Januar 1926.

19. Jahrgang.

... ist die Wage, die des Freundes Wert erklärt.
... ist der Prüfschein auch von deinem eignen Wert.

Die Militärkontrolle bleibt.

In der letzten Zeit gingen verschiedentlich Meldungen durch die Presse, die von einem Abbau der internationalisierten Militärkontrollkommission in Deutschland berichteten. Tatsächlich waren auch zahlreiche Zweifel an der Existenz der Kommission, die im ganzen Herbst und Anfang des Jahres im Gange waren, im Laufe der letzten Monate beseitigt worden. Man durfte also hoffen, daß die Militärkontrollkommission in kürzester Frist restlos verfallen würde. Der neueste „Bericht“ des Leiters der internationalisierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Balth, an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees, Marschall Foch, hat uns von einem anderen Bescheid. Die alliierten Kontrollkommissionen denken danach gar nicht daran, den deutschen Behörden zu verlassen, sondern stellen vielmehr, wie es in dem Bericht an Foch heißt, „eine ziemlich beträchtliche Verlängerung ihres Auftrags in Berlin“ in Aussicht.

Selbstverständlich wird diese Verlängerung der militärischen Überwachung Deutschlands auch diesmal mit der „ungünstigen den Erfüllungen“ der internationalen Kontrollkommission begründet. Die Kommission erklärt sich zwar bereit, die von den Alliierten verlangten Kontrollmaßnahmen zu beibehalten, die bezüglich des Verbotes bestimmter Auswärtigen in der Reichswehr und der Festsetzung der Besatzungsartillerie ergriffen wurden, dagegen lehnt sie die Entlassung der Polizeibehörden ab. In diesen Punkten habe Deutschland seine Verpflichtungen vom 15. November nicht gehalten. Jedoch ist Deutschland als eine Entschuldigung angesehen worden. Das könne die Alliierten jedoch nicht beanstanden. Nach der Durchführung ihrer Forderungen zu verzichten, ist aber die Frage der Polizeibehörden, wie haben die Beziehungen zwischen Frankreich und England volles Einkommen bestehen.

Erfreulicherweise ist die Reichsregierung den Bauern und den Behauptungen der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Entwaffnung zu einer längeren Erklärung entgegengetreten. „Bislang ist die Durchführung der hinsichtlich der Entwaffnung der deutschen Regierung und der Vorkonferenz getroffenen Abmachungen in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energig gefördert worden, daß die Erfüllung des größten Teils aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist die Durchführung der hinsichtlich der Entwaffnung der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in der Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiet der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß die Anwendung des in der Note vom 16. November getroffenen Gegenkommens eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist.“

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst v. J. getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unverzüglich darangegangen, die für den Aufbau der neuen Organisation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so liegt die Verantwortung hierfür nicht bei der deutschen Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Verhandlungen mit der Vorkonferenz über die Polizeibehörden im besetzten Gebiet noch nicht zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Minderrechnung der Polizeibehörden des besetzten Gebietes in die Zahl von 150.000 Mann bereits in der Note von Boulogne vorgegeben ist. Nach Klärung dieser Fragen wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen in solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die internationalisierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.

Rheinland und Besatzung.

Eine Erklärung des rheinischen Oberpräsidenten.

In der Eröffnungsitzung des neugewählten Rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf hat der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Kuch, eine Rede gehalten, in der er auch auf die Besatzungsfrage einging. Hierbei führte er u. a. folgendes aus:

„Daß durch die Verhandlungen von Locarno die Entscheidung über die Klärung der ersten Zone zum mindesten günstig beeinflusst worden ist, darf man wohl als feststehend annehmen. Wir freuen uns aufrichtig und herzlich mit der Bevölkerung der in der Klärung begriffenen sogenannten Kölner Zone, daß sie nimmer in kürzester Zeit von der drückenden Last einer mehr als sieben Jahre dauernden Besatzung frei sein wird. Es soll auch nicht verkannt werden, daß seit Locarno eine gewisse Entspannung und milderer auch eine Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Aber es bleibt doch noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzten Gebiete zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Härte der ihr auch weiterhin auferlegten Besatzung. Die gewaltige und bei der großen Wohnungsnot schier unerträgliche Inanspruchnahme von Wohnraum mit den unüberwindlichen Anlässen zu Meinungen muß ein unbedingtes Hindernis für die weitere Entspannung und die so wünschenswerte Beruhigung bilden. Sie muß auf die Dauer den Geist der Versöhnlichkeit gefährden.“

Wir wollen“, so schloß der Oberpräsident seine Ausführungen, „obwohl es nachgerade schwer wird, die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es durch die eingeleiteten diplomatischen Schritte gelingen wird, eine befriedigende Lösung dieser und noch anderer uns stark bewegenden Fragen herbeizuführen.“

Freigab: Köln voraussichtlich Anfang Februar.

Das Reichskommissariat Koblenz teilt mit, daß die Klärung der sogenannten Kölner Zone sich keineswegs bis zum März hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle sei nicht nur die militärische Klärung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt werde von der Vorkonferenz festgelegt werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Januar 1926.

— Beim Reichspräsidenten fand zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt.
— Der Reichsrat berät augenblicklich über einen vom ersten Ministerium vorgelegten Entwurf über ein neues Reichsberufsgesetz. Bei der Beratung dieses Gesetzes wird der Schutz der Jugend vor politischer Berührung eine Rolle spielen.

Neues über die Marinemuterei 1917. Wie die „Nachrichten für Stadt und Land“ in Oldenburg mitteilen, hat der frühere Gerichtsadvokat des ersten Geschwaders, Bureauangestellter Willi Niemöller, sich dem Untersuchungsausschuß des Reichstages als Zeuge angeboten. In einer längeren Aufschrift an das genannte Blatt behauptet Niemöller, neues über das Geständnis des Matrosen Kalms auszusagen zu können. Der Verfasser gibt zu, daß der Abgeordnete Dittmann das Geständnis des Kalms richtig wiedergegeben hat, nur sei Dittmanns Darstellung über die Art und Weise, wie das Geständnis zustande kam, gänzlich abwegig. Niemöller befreit, daß das Geständnis des Kalms frei erfunden sei, und bezeichnet es als unwahr, daß Kriegserichter Bischoff Kalms mit Erschießen gedroht habe, um auf diese Weise Aussagen gegen Abgeordnete der U. S. P. herauszupressen. Es war kein frei erfundenes Geständnis, sondern die Beichte eines Menschen, der mit sich selbst abgeschlossen hatte.

Ein deutschnationales Wirtschaftsprogramm ist soeben von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion veröffentlicht worden. In dem Programm werden u. a. folgende grundlegende Einzelmaßnahmen erboben: Verhinderung der Luxuseinfuhr, Beschränkung des öffentlichen Aufwandes, Befreiung von der nicht mehr tragbaren Last des Verwaltungsapparates in Reich, Ländern und Gemeinden sowie Abbau der überspannten Gesehbahn. Den Anfang hierzu soll eine er-

Hebliche Vereinfachung der Steuern und der Steuerverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden bis 1927.

Die öffentlichen Ausgaben müssen sich nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler richten. Die öffentlichen Verkehrsunternehmungen, vor allem Eisenbahn und Post, sollen wieder zu Instrumenten der deutschen Volkswirtschaft werden, die sie in der Vergangenheit waren.

Untersuchungsausschuß vor die Zimmann-Kommission. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Kriegsschuldfrage hat folgenden Zentrumsantrag angenommen: „1. Die Veröffentlichung der Rede des Abgeordneten Dittmann als Broschüre unter dem Titel „Die Marinejustizmorde und die Admiralstabesbestellung 1918, dargestellt nach den amtlichen Geheimnissen im Auftrage des parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ ist ohne Vorwissen des Untersuchungsausschusses erfolgt. 2. Der Ausschuß spricht zum Schutze seiner Autorität und des Wertes seiner der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Verlag gegebenen Veröffentlichung die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft Sonderveröffentlichungen ohne Beschluß des Ausschusses unterbleiben.“ Die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder gaben sofort die Erklärung ab, daß sie sich trotz dieses Beschlusses alle Rechte, die ihnen nach dem Urheberrecht für Veröffentlichungen zustehen, vorbehalten. Ein Mißbilligungsantrag der Deutschen Volkspartei wurde abgelehnt.

Besatzungsbaracken für Wohnzweck. Ein Zentrumsantrag im Preussischen Landtage wünscht, daß alle durch den Abzug der Besatzungsmächte in der ersten Zone freiwerdenden festen Baracken mit Mitteln der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge sofort zu Wohnungen umgebaut und vorzugsweise zur Unterbringung von kinderreichen Familien verwendet werden.

Rundschau im Auslande.

Der frühere Kronprinz Karol von Rumänien, der vor kurzem auf das Kronfolgerthum verzichtet hat, ist in Mailand an Grippe erkrankt.
Nach französischen Pressemeldungen soll der päpstliche Nuntius in Paris, Kardinal Ceretti, demnächst als Nachfolger auf den Posten des Kardinalstaatssekretärs Gasparri berufen werden.
Der russische Gesandte in Peking hat dem chinesischen Außenminister mitgeteilt, daß nach der Beilegung des Eisenbahnkonfliktes in der Mandchurie die russischen Truppen von der chinesischen Grenze zurückgezogen werden.

Austritt des Wojewoden von Oberschlesien.

Nach einer Meldung aus Katowitz ist der Wojewode von Polnisch-Oberschlesien, Bilski, infolge der andauernden Geheerren des polnischen Weltmarkenvereins von seinem Posten zurückgetreten. Die deutschen Zeitungen der Wojewodschaft Schlesien bedauern den Entschluß Bilskis, der durch seinen Willen zur Objektivität gegen die nichtpolnischen Bewohner der Wojewodschaft Schlesien sich stets ausgezeichnet hat.

Ungarisch-französischer Konflikt in der Fälscherfrage.

Bei dem französischen Gesandten in Budapest traf ein Telegramm des Ministerpräsidenten Briand ein, in dem in kritischer Form verlangt wird, daß die ungarische Regierung den französischen Kriminalbeamten Erlaubnis erteilen soll, den Vernehmungen der Frankenfälscher bei der Untersuchungsbehörde beizuwohnen. Die ungarische Regierung hat Briands Forderung noch nicht beantwortet, sie steht aber auf dem Standpunkt, daß der Schritt der französischen Regierung eine Verletzung der ungarischen Souveränität darstellt.

Kirche und Schule.

Reichsberufsgesetz. Bei großer Beteiligung aus allen Schichten der Bevölkerung und in Gegenwart von Vertretern kirchlicher, staatlicher und städtischer Behörden haben in Berlin die ersten Veranstaltungen im Sinne der Reichsberufsgesetzwoche stattgefunden und ein starkes Echo hervorgerufen. Es wurden mehrere Entschlüsse angenommen, insbesondere auch solche, die den baldigen Erlaß des Reichsberufsgesetzes betreffen. In Köln, Breslau, Hannover, Elberfeld und vielen anderen Städten gestalteten sich die Veranstaltungen der evangelischen Reichsberufsgesetzorganisationen zu Kundgebungen von außerordentlicher Bedeutung.

Volkswirtschaft.

Bei der letzten preussischen Viehzählung wies der Pferdebestand mit rund 2.710.000 gegen rund 2.680.000 Stück im Jahre vorher eine Zunahme um etwas über 1 Prozent auf. Die Pferdezahl zeigt einen gewissen Rück-

gang. An Rindvieh ergab sich ein Gesamtbestand von 9 610 000, also 50 000 Stück = 0,6 Prozent weniger als 1924. Die Kühe, die mit rund 5 810 000 den größten Teil des Rindviehbestandes ausmachen, erlitten gegen das Vorjahr eine Zunahme um 85 000 jüngere Kühe. An Schweinen ergab die Zählung rund 19 040 000 Stück. In einem außerordentlich hohen Maßgrade befindet sich die Gattung. Gegen 1 820 000 im Jahre 1924 war am 30. Sept. des laufenden Jahres nur 1 600 000, also über 17 Prozent weniger Schweine vorhanden; hierdurch bleibt der Schweinebestand hinter der Vorjahreszeit um 1 800 000 zurück. Ebenso hat sich der Pflanzbestand gegen die Zahl von 1924 um 355 000 (13,8 Prozent) vermindert. Die Federviehhaltung, die über 99 Millionen Hausvögel samt Gänzen, 3 Millionen Gänse, 1 800 000 Enten und über 400 000 Trübe und Besäuerer zählt, hat im Berichtsjahre bereits den Stand von 1912 erreicht.

Luthers Programmrede.

— Berlin, den 26. Januar 1926.

Die Regierungserklärung im Reichstag. Die heutige Reichstagssitzung des Reichstages brachte die angelegentlichste Programmrede der neuen Reichsregierung. Sie immer bei solchen Gelegenheiten, trug das Haus das Gespräch eines großen Tages. Der Sitzungssaal und die Zuschauerränge waren fast besetzt, ebenso die Diplomatenloge. Am Regierungstisch hatte der Reichskanzler mit sämtlichen Mitgliedern des zweiten Kabinetts Platz genommen. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Luther

nahm sofort das Wort. Die Kommunisten begrüßten ihn mit lebendigen Ruf. U. a. hörte man: Gehet raus!

Der Kanzler führte u. a. aus: Die seit dem Reichstag vorgelegte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrage des Deutschen Reichstages gebildet worden, nachdem die Versuche zur Bildung einer Regierung der beiden Koalitionsmitteln waren. Im Rahmen einer parlamentarisch gestützten, wenn auch nur mehr von einer Minderheit des Reichstages getragenen Reichsregierung zuzufinden zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer

Koalitionsregierung der Mitte

zusammengeschlossen. Es wird Sache des hohen Hauses sein, voranvorwärts darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will.

Die Regierung ist als Minderheitsregierung auf die Wirtschaft nicht zur Regierung gehörender Parteien grundsätzlich angelegt. Sie erwidert die Wünsche, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann.

In der Außenpolitik

ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt.

Die wichtige Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die sehr zurückgetretene geschäftsführende Reichsregierung hat demnach die Entscheidung des Reichstages vom 27. November 1925 unabhängig an der weiteren Ausführung der Bestimmungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zum Gunsten des besetzten Gebietes.

Ueber die Frage der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Zone hat die dem hohen Hause bekannte Note der Völkerbundkonferenz vom 14. November 1925 vorgezogen, daß eine fähigere Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll, und zwar so, daß die künftige Besatzungsmächte sich den Normalisierungs nähert. Der Begriff der Normalisierung kann nicht anders aufgefaßt werden, als gleichbedeutend mit dem Begriff der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten wie lenkerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerpruch der in der Völkerbundkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage.

Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie, ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns erwünschten Ergebnis führen.

Am zwei schöne Augen.

S) Roman von S. Mt. Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Aber er schüttelte den Kopf dazu. Ihm war's kein Nichts gewesen, und darum sollte es auch nicht dieses Ende haben, das keines war. Er wollte Adele noch einmal sehen. Herta hat er kein Unrecht damit, ihr aber hatte er ein Unrecht zugefügt, wenn er sie in dieser misachtenden Weise einfach abtat.

Er überlegte nicht erst lange an diesem Gedanken, der ihm als blühlicher Entschluß gekommen war. Heimwärts hatte er gehen wollen, nun wandte er die Schritte nach der entgegengesetzten Richtung zu. Es war um die Mittagszeit. Wenn er sich beeilte, konnte er Adele noch begegnen. Er empfand gar keine sonderliche Erregung bei dem Gedanken, sie noch einmal zu sehen, eher eine Anste, daß er sich nun zum wirklichen Schlüsselpunkt gefunden hatte.

Er hatte die Zeit gut getroffen. Es schlug zwölf, als er sich dem Geschäft näherte, in dem Adele arbeitete. Sein Bild glitt ihm an der Uniform hinab. Der Hochmut, der Verantw. wollten sich wieder regen. Geschmacklos, so wie ein kleiner Kommissar seinem Vadenmädel aufzulauern. Die Hand fuhr ihm salzierend zur Miße empor. Ein paar bekannte Damen gingen vorüber und erwiderten lächelnd seinen Gruß, die Töchter seines Obersten. Er sah ihnen nach; dann wandte sich sein Blick zur anderen Straßenseite hinüber, und auf einmal dachte, empfand er nichts weiter als: Nun kam Adele.

Traben aus dem Seitenportal, das nur den Angestellten des Modemagazins zur Passage diente, waren ein paar junge Mädchen herausgetreten. Nun würde auch Adele kommen.

Ein rascher Schritt brachte Heinz in einen offenen, hohen Hausflur hinein. Es war der Ausgang zu einem photographischen Atelier. An den Wänden waren in photographischen Photographien ausgestellt. Scheinwerfer begann er diese zu betrachten, doch ließ er dabei keinen Augenblick das fenstliche Portal außer acht.

Was die Innenpolitik betrifft.

So verließ der Reichskanzler wegen der grundsätzlichen Zielsetzung der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die er am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung beruht die auch wegen der grundsätzlichen Regierungsanweisung zu dem Bestimmung und dem Bestimmung der Kultur. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wird die Reichsregierung die Abgrenzung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung gedenkt eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung zu enthalten in Anbetracht zu nehmen. Sie vermag den berechtigten Wünschen der in den Reichstagen sitzenden Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Ursache eines Volksentscheides ersparen möchte.

Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit muß von dem Grundsatz beherrscht sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparmaßnahme wird sich nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken.

Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch

eine Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Überwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart, es bedarf dazu der Ausbeutung aller geistigen und tätigen Kräfte, der ganzen Arbeitskraft und Sparsamkeit unseres Volkes. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf Finanz-, Wirtschafts- und nicht zuletzt sozialpolitisches Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Erhaltung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitester Volksteile zu lindern.

Steuererleichterungen für die Wirtschaft.

Weiter betonte der Reichskanzler, daß infolge der Verarmung der Wirtschaft die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden ist. Die Reichsregierung wird daher mit der gebotenen Beschleunigung auf der Grundlage des bestehenden Steuersystems sich um den Abbau wirtschaftsschwerender und damit preisvertreuernder Steuern weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Der Wohnungsbau soll durch Maßnahmen gegen die Uebervermietung des Baues und durch Erleichterung erzießlicher langfristiger Hypothekendarlehen gefördert werden, überhaupit wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigeren Kredit. Die Reichsregierung denkt dabei besonders auch an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erordern einer Steigerung der Ausfuhr. Bei den Handelsvertragsverhandlungen die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, wird in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete

Preisentzugsaktion

muß mit Nachdruck fortgesetzt werden. Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Beilegung der Geschäftsaufsicht. Das neue Kabinett ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Gang befindlichen gesetzgeberischen Schritte mit den Vertretungen der Erwerbstätigen zu erörtern. Der unverrückbare Zweck der Preisentzugsmaßnahmen neben der Befriedung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsklassen mit geringem Einkommen.

Zum Schluß ging der Kanzler noch kurz auf das sozialpolitische Programm

des neuen Kabinetts ein. Er kündigte u. a. ein neues Arbeiterjugengesetz an, das die Arbeitszeit neu regeln wird. Ein einheitliches Arbeiterrecht soll durch das zurzeit dem Reichsrat vorliegende Arbeitergerichtsgesetz geschaffen werden. Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge soll angefaßt der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung betrieben werden. Desgleichen wird die Reichsregierung dem Reichstage eine Vorlage über die Kurzarbeiterunterstützung unterbreiten.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen mit folgendem Appell: „Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel

Nach mehr der jungen Mädchen traten heraus. Gewöhnlich hatten sie es eilig, zu ihrem Mittagsmahl zu kommen, heute aber ärgerten sie, schienen auf etwas zu warten. Helle Aufregung herrschte unter dem munteren Häuflein. Sie steckten die Köpfe zusammen, tuschelten, lachten, machten sich gegenseitig Zeichen, läuschten immer wieder zur Treppe hin, die hinter dem ungeblühten Portal lag, und Heinz glaubte die ungeduldrigen Stimmen zu hören:

„Wo bleibt denn nur Adele?“

Es fiel ihm gar nicht ein, daß sie noch auf eine andere warten könnten als nur auf sie. Die Aufregung, die er da drüben sah, begann sich ihm selbst mitzuteilen, dabei das Fragen, was sie denn nur heute so Besonderes hatten. In den Händen hielt eine jede ein weißes Seidenpapier eingewickelt einen kleinen Paket, mit dem fuhren sie sich gegenseitig unter's Gesicht, trieben allerhand Neckereien, und immer wieder, wenn die blonden und braunen Köpfe aufleuchtend herauftraten, hörte es Heinz:

„Wo bleibt denn nur Adele?“

Er nahm sich die Photographien nicht mehr zum Vorwand, seine Aufmerksamkeit galt nur noch der übermühten Schar dort drüben. Ein paar mal drang ganz deutlich ihr Köcher bis zu ihm herüber. Alle waren sie junge Dinger, und alle waren sie hübsch, und die farbigen Sommerblusen, die sie an dem warmen Herbsttag zu den schwarzen Röcken trugen, schimmerten über die Straße wie ein buntes Blumenmeer.

Da schwenkte die eine den Arm wie eine Fahne hoch in die Luft. Der Haufe hob auseinander, teilte sich in zwei Hälften, die zu beiden Seiten des Portals in feierlicher Ruhe Aufstellung nahmen. Von den weißen Wänden flogen die Bapierfalten, Blumen und Kleingeldmühtes Grünzeug fiel zu Boden und bestreute den Weg.

Und dort kam Adele.

Sie trug wie die anderen den schwarzen Rock der kleinen Mädchen, dazu eine bunte weiße Bluse, und Blumen hielt sie in beiden Armen, soviel sie nur fassen konnte.

der Ueberaufregung der deutschen Wirtschaft und deutschen Volkes nach innen und nach außen präzisieren nahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie sich an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit zu überwinden.“

Die Rede des Reichskanzlers, die gerade eine halbe Stunde dauerte, wurde an vielen Stellen von schmeichelhaften und ironischen Zwischenrufen aus den Reihen der Anwesenden unterbrochen, die den Präsidenten Obbe veranlaßten, mehrere Ordnungsrufe zu erteilen. Am Schluß der Rede spendeten die Parteien der Mitte reichlichen Applaus, während die Kommunisten und auch die Sozialisten.

Die Besprechung der Regierungsvorlage wurde am Mittwoch 1 Uhr vertagt. Mit der Aussprache wird ein deutschnationaler Antrag verbunden, der verschiedene Beschlüsse für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und aufstellt.

Schlußdienst.

Veränderungen in der deutschen Diplomatie.

— Berlin, 28. Januar. Wie verlautet, sollen in der Besetzung der deutschen Gesandtschaften im Ausland wichtige Veränderungen bevorstehen. Der Gesandte im Haag, von Lucius, soll nach Wien gehen und dort den Gesandten Dr. Pfeiffer ablösen. Im Haag soll Lucius durch den Gesandten Dufour, der gegenwärtig in der Londoner Botschaft tätig ist, ersetzt werden. Der Gesandte in Athen, Herr von Schöner, wird den Posten in Budapest übernehmen.

Das Hauptverfahren gegen Antister eröffnet.

— Berlin, 28. Januar. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Antister, Blau und Genossen ist jetzt durch Beschluß der zuständigen Strafkammer erfolgt. Das Verfahren gegen den ehemaligen Direktor der Staatsbank, Dr. Miße, sowie gegen Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Engelbert wurde eingestellt.

Der neue sächsische Finanzminister.

— Dresden, 28. Januar. Der demokratische Abgeordnete Dr. Dehne ist vom Ministerpräsidenten Helm zum Finanzminister als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Reinhold ernannt worden.

ErwerbslosenDemonstrationen in Breslau.

— Breslau, 28. Januar. Vor dem hiesigen Hauptbahnhof kam es gestern zu einer großen Demonstration der Erwerbslosen, die schließlich so bedrohliche Formen annahm, daß die Polizei mit blanker Waffe und mit Munitivpatronen die Demonstrationen konnten erst nach heftiger Gegenwehr zerstreut werden.

Dr. Seipel kommt nach Berlin.

— Wien, 28. Januar. Wie verlautet, wird nach der früheren Bundeskanzler Dr. Seipel am 3. Februar nach Abschluß der Verhandlungen des Christlich-Sozialen Parteitages nach Berlin gehen, wo er sich mehrere Tage aufhalten wird. Dr. Seipel wird mit den Führern der Zentrumspartei in Verbindung treten und auch mit den amtlichen Stellen Fühlung nehmen. In politischen Kreisen mißt man der Reise besondere Bedeutung bei.

Chamberlain in Paris.

— Paris, 28. Januar. Der britische Außenminister Chamberlain ist auf der Rückreise von Jassy nach London in Paris angekommen.

Die portugiesischen Fälschungen.

— Paris, 28. Januar. Einer Missaboner Meldung zufolge ist im Zusammenhang mit der Fälschungsaffäre der Angola-Bank, die kurz vor den ungarischen Banknotenfälschungen aufgedeckt wurde, der bisherige portugiesische Gesandte im Haag wegen Teilnahme an den Fälschungen verhaftet worden. Der „Matin“ behauptet, der Hauptdruckschreiber der portugiesischen Fälscherangelegenheit sei ein Deutscher, namens Hennis, der 4 Millionen Pfund Sterling für die Gründung der Angolabank gegeben habe. Die Bank habe ausschließlich „deutschen Brodaandameden“, und zwar

„Doch soll sie leben, doch soll sie leben, dreimal hoch!“ sang der Jubelchor ihr entgegen.

Und sie lachte und freute sich und genierte sich nicht ein bißchen, weil auf dem Trottoir die Vorübergehenden stehen blieben, winkte mit den Händen voller Rosen, sie sollten stille sein, schüttelte mit dem Kopf, weil sie nicht auf die Blumen zu ihren Füßen treten wollte, und ging mit ziellich leichten Schritten doch darüber hin.

„Wie eine Braut! Das bedeutet, daß du in diesem Jahr als Braut zur Kirche gehst, Adele.“

Sie riens und nahm sie in ihre Mitte hinein, bildeten einen Kreis um sie, aus dem sie nicht herauskonnte. Raum konnte sie sich ihrer erwehren und wehrte doch in einem Fort. Sie wollten irgend etwas von ihr, lachten sie zu irgend etwas zu bestimmen, doch sie schüttelte das Köpfchen dazu. Sie fixierte und lachte nicht hell hinaus wie die anderen, sie lächelte nur, doch in ihrem Wächeln war mehr der Kräftigkeit als in dem ausgelassenen Uebermut, der sie umdrängte.

„Sel doch kein Froß, Adele, komm doch nur mit.“

Wieder schüttelte sie das Köpfchen. Da machten sie ihr Schmolgeister, sie aber nahm einen Zwischwaller Rosen, streifte eine nach der anderen damit über die Wangen, daß sie wieder gut seien, machte ihnen selber einen Vorschlag, der sie vollends verführte schüttelte ihnen reichlich die Hände und trat mit ihnen nun die Straße hinaus. Nach rechts und links liefen nur die anderen davon, nur zwei blieben ihr noch zur Seite, doch nach einem Weichen bogen auch die in eine Querverstraße ein, und sie ging ganz allein. Mit schneehellen Schritten ging sie, doch ohne eine Spur von Hohlheit, Heinz sah ihr Wächeln nicht, doch er fühlte, wie er die Sonnenstrahlen der letzten Kräftigkeit fühlte, der sie auf schwebenden Füßeln trug. Und immer war's ihm, als fühle er ganz leis, und ärtlich auch an seinem Gesicht die Rosen ihm streicheln, die ihre Hände hielten.

Er ging ein wenig hinter ihr drein auf der anderen Seite der Straße, wußte genau die Stelle, wo sie hinüberdrehen mußte, und stand vor ihr an der Ecke, um die ihr Weg sie führte.

(Fortsetzung folgt.)

in einer Linie dem vortugiesischen Kolonial Angola für Deutschland dienen sollen.
Eine Tänzerin als Soubrette verhaftet.
27. 28. Januar. Bisher sind in der englischen Schlangengegenseit die Erhebungen des Unterdrückungsrichters noch nicht zum Abschluß gekommen. Rummbe wurden Briefe beschlagnahmt, die an die noch in Haft befindlichen drei Engländer, Beatrice, Philipps und Albert, unter der Deckadresse einer ausländischen Dame in Paris gerichtet waren. Aus den Briefen ging hervor, daß an die Tänzerin Soubrette in London aus West-Belgien Besuche gelangt sind. Die Tänzerin ist daraufhin gefahren verhaftet worden. Sie sagte aus, daß sich ihr Leichter unter einem falschen Namen genähert habe, und sie gelangt ein, auch Philipps gefangen zu haben.

Die Aufstellung der Wanduhr.
27. 28. Januar. Im Auftrage der Sowjetregierung hat der russische Volkshändler in Tokio der japanischen Regierung den Vorschlag gemacht, in Verhandlungen über eine Neuabgrenzung der Interessensphären zwischen Rußland und Japan in China und insbesondere in der Mandchurei einzutreten. Die japanische Regierung hat bereits ihr Einverständnis erklärt.

Großer Fabrikrand.
27. 28. Januar. Ein Teil der „Mechanischen Werke“, eine der größten Textilfabriken Mittelschlesiens, sind einem Großfeuer zum Opfer gefallen. Vor allem in Mitleidenschaft gezogen wurden die Schlichterei und die Spinnerei sowie der große, etwa 700 Stühle umfassende Webstuhl. Des weitern sind neben den Gebäudeteilen zahlreiche Webmaschinen und große Mengen von Halbfabrikaten zerstört worden.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 28. Januar 1926.

Hauszinssteuer. Die so außerordentlich beliebte Hauszinssteuer soll — verschwinden. Alle Volksgenossen — Hausbesitzer und Mieter — würden sich freuen, wenn dies zuträfe. Es soll nur der Name verschwinden, nicht die Steuer. Diese wird in Zukunft als „Gebäude- und Grundbesitzsteuer“ bezeichnet. Nach dem dem Landtag vorliegenden Gesetzentwurf gehört jeder Hausbesitzer zu den „Inflationseinkommeln“, er hat während der Geldentwertung seine „Substanz“ erhalten können; ihm fließen nach der Begründung des Gesetzentwurfes infolge der gesetzlich beschränkten Aufwertung und der allgemeinen Konjunktur auf dem Wohnungsmarkt angeblich hohe laufende Einnahmen entsprechend den Zinsen des nicht aufgewerteten Hypothekentitals ohne Arbeit und Aufwendung zu, wenn nicht die Geldentwertungs-Ausgleichsteuer zur Erhebung käme. Das sagt man in dem Staate, der durch die Inflation sich Schuldenfrei gemacht hat. Daß der Hausbesitzer während der Nachkriegszeit insbesondere während der Geldentwertungszeit außerordentlich gelitten hat, kann man an dem schlechten Zustand der meisten Häuser noch heute sehen. Die Gebäudeeinkommensteuer soll nicht wie die bisherige Hauszinssteuer nach der Grundvermögenssteuer berechnet werden, sondern 40 v. H. der Friedensmiete betragen, die am 1. Juli 1914 vereinbart oder üblich war. Zwei Drittel des Ertrages der Gebäudeeinkommensteuer sollen für Neubauten, ein Drittel für Wohlfahrtszwecke Verwendung finden. Der Rest soll dazu dienen, den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten. Es wird also der kleinste Teil für den Neubau von Wohnungen zur Verfügung gestellt. Es ist zu hoffen, daß die Regierungsmehrheit den für die Neubauten wichtigen Teil der Steuer erhöhen wird, damit wir endlich aus dem Wohnungselend herauskommen. Dann wäre auch die Steuer in der angegebenen Höhe wohl als berechtigt anzuerkennen.

Die Wetterlage. Von Westen her fällt der Luftdruck ziemlich stark. Damit werden die Ausläufer eines Tiefdruckwirbels über dem Atlantischen Ozean Einfluß auf die Witterung Mitteleuropas bringen, so daß die Erholung wieder zunimmt und auch einzelne Niederschläge auftreten. Die Temperaturen steigen an.

Melungen. In der hiesigen Tuchfabrik A. Rehn wurde das 100000 Stück Tuch fertiggestellt. Durch den Tod des Inhabers ist die Firma in Konkurs geraten und schließt am 30. Januar den Betrieb. Dadurch werden wieder über 40 Arbeiter brotlos. Ob der Betrieb wieder aufgenommen werden soll, darüber wird die Gläubigerversammlung am 12. Februar entscheiden.

Vepra. In diesen Tagen sind 60 Jahre verflossen, daß auf der Strecke Vepra-Hersfeld der erste Eisenbahnzug verkehrte. Es war am 22. Januar 1866, daß die neu erbaute Strecke vollendet war. Zunächst wurden vier Züge in jeder Richtung gefahren, die Personen und Güter beförderten. Schon 1845 hatte man mit dem Bau der Friedrich-Wilhelm-Nordbahn begonnen, die über Gerstungen — Vepra — Cassel nach Weiskalen führte. In Untertshausen war die Main-Weiskalenbahn angefahren. Außerdem fuhr von Cassel die Hannoverische Südbahn nach Hannover und den Hanfsaläden. Das Ereignis der Eröffnung der neuen Strecke wurde naturgemäß in den einzelnen Orten mit lebhafter Begeisterung begrüßt.

Großengrube. Der 76jährige Bürgermeister a. D. Heinrich Pellmuth wurde unter großer Teilnahme der Einwohner zu Grabe getragen. Er war 15 Jahre Bürgermeister und gehörte der Ortskirchenbehörde und dem Vorstand der Interessengemeinschaft jahrelang an.

Cassel. Ein Streit mit verhängnisvollem Ausgang spielte sich am Dienstagabend kurz nach 8 Uhr im Altenpark ab. Die Schirmmacher Fr. und M. gerieten in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf M. in

seine Wohnung eilte und mit einem Seitengewehr bewaffnet dem Fr. 5—6 wuchtige Stöße über den Kopf verfeigte. Fr. brach bewußtlos zusammen. Er wurde zunächst auf die Polizeiwache und dann ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand soll ernst sein. Der Täter M. wurde zwischen 11 und 12 Uhr abends verhaftet.

Nattar. Ein seltenes Fest feierte Sonntag eine Familie uneres Ortes und mit ihr die ganze Gemeinde. Das Ehepaar Schäfer (Kruken) beging den Tag der goldenen Hochzeit. Eine solche Rühigkeit und Energie wie bei der 73jährigen Jubilarin findet man in so hohem Alter wohl selten. Besonders hervorzuheben ist für sie und die Gemeinde dieser Tag weil sie auch schon 44 Jahre in wahrhaft vorbildlicher Treue und Gewissenhaftigkeit als Dekamme gewirkt hat. Der 73jährige Jubilar ist durch einen Unfall, der ihn vor Jahren traf, in seiner körperlichen Bewegungsfreiheit behindert, gelähmt aber noch rühlig. Beim Lesen bebt er sich bis heute noch seiner Wille. Ein bunter Kranz von Kindern, Enten und Verwandten zeugte von der Anhänglichkeit an die Jubilarin, ebenso die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke aus der Gemeinde und der nahen und fernem Umgebung. Am Abend sangen mit vielen jüngeren, auch einige alte Freunde und Freundinnen in weissem Saar dem Jubelpaar die alten Hochzeitlieder, die sie ihm schon zur grünen Hochzeit vor 50 Jahren gesungen hatten.

Adorf. Die Maul- und Klauenseuche hat hier und in den benachbarten Gemeinden unter den Rindviehbeständen stark um sich gegriffen. Auch der Kreis der Zwitter ist nicht davon verschont geblieben, so die Orte Babbed, Rohlarund, Walfenhausen, Gut Freberinghausen usw. Es bedeutet das eine nicht zu unterschätzende Schädigung der Landwirte und Viehhalter, die selbst wenn keine Todesfälle vorkommen, noch monatelang unter den Nachwehen zu leiden haben. Ueber die von der Seuche betroffenen Güter und Gemeinden sind Sperbezirke gebildet worden.

Aus Stadt und Land.

1200 Deutsch-Amerikaner besuchen Berlin. Auch in diesem Jahre werden große Scharen von Deutsch-Amerikanern nach Berlin kommen und von hier aus ihre Bekannten im Reich aufsuchen. Sowohl der Sängerbund in Williamsburg wie auch der Plattdeutsche Volksfestverein in New York beabsichtigen, in diesem Sommer nach Berlin zu kommen. Die offizielle Begrüßung durch die Reichs- und Staatsbehörden wird in Bremen stattfinden. Nach dem Besuch der Reichshauptstadt werden Dresden, Leipzig, Würzburg, Nürnberg, Weihenburg, München, Stuttgart, Heidelberg, Frankfurt a. Main und Wiesbaden aufgesucht werden. Außerdem sind geplant ein Ausflug im Postauto zum Niederrhein-Denkmal und eine Rheinfahrt von Biebrich bis Köln. Die Zahl der Besucher aus America dürfte mindestens 1200 betragen.

Volatertin in Moabit. In Berlin-Moabit hat jetzt in dem Anglistische Kirchstraße 9 ein Lokaltermin stattgefunden, an dem der Staatsanwalt, gerichtliche Sachverständige für Gas- und Inflationssachen und Vertreter der Gaswerke und der Kriminalpolizei teilnahmen. Dabei konnte die Ursache der furchtbaren Explosions- und Einsturzkatastrophe aber noch immer nicht einwandfrei geklärt werden. Es soll nächsten ein neuer Lokaltermin mit weiteren Sachverständigen stattfinden.

Am Klavier vom Tode überführt. In einem Restaurant in Berlin-Schöneberg wurde ein Klavierpieler, während er ein Musikstück vortrug, vom Herzschlag getroffen. Der herbeigerufenen Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Nach 57jähriger Wirksamkeit in Dresden starb im Urkunstkloster in Weiskalen Mater Aloisia von Hagenheim. Dreißig Jahre hindurch verließ sie das Amt der Beatin. Die Urkunstanstalten zu Wartha und Carlowitz entfielen unter ihrer Leitung.

Flammensturz eines Mentenempfangers. In Primmtenau (Schlesien) ist ein 64jähriger Mentenempfangener in seiner als Stube umgebauten Bodenstube, in der nachts Feuer ausbrach, in den Flammen umgekommen.

Wegen Schulden in den Tod. Vor einigen Tagen wurde in Nossen (Schlesien) ein 27jähriger Weiskaler Kriminalkommissar, der dort wegen der häufigen Brandstiftungen Erhebungen anstellen sollte, tot aufgefunden. Rummbe hat sich ergeben, daß der Beamte nicht, wie vermutet, einem Mord zum Opfer gefallen ist, sondern daß er wegen einer Schuldenangelegenheit selber Hand an sich gelegt hat.

Altiger Krimelamp. Zu einem verhängnisvollen Aufritt kam es in Baf (Kreis Köslin). Ein Oberlandjäger war beauftragt, bei einem ehemaligen Eisenbahnarbeiter eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Der Arbeiter griff den Oberlandjäger sofort an und es entspann sich ein heftiges Ringen. Dabei entlud sich die Pistole des Beamten. Die Kugel traf die Frau des Arbeiters so schwer, daß sie auf der Stelle tot war. Daraufhin holte der Arbeiter ein Beil und verfeigte dem Oberlandjäger mehrere schwere Stöße. Er erstschieß, verlegte die Waffe. Schließlich konnte der Wüterich überwältigt und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt werden.

Haubmord in Hamburg. Als in Hamburg ein Bankangestellter nach Hause kam, fand er die Tür von der Wohnung offen, im Eßzimmer lag seine 43 Jahre alte Ehefrau mit zertrümmertem Schädel tot auf dem Boden. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die Frau mit einem stumpfen Instrument erschlagen wurde, Schmutzfäcken und andere Wertgegenstände wurden nicht geraubt, dagegen fehlte ein Barbetrag von 230 Mark.

Ein Kirchengelocke abgestrichen. In der Reformierten Kirche in Barnim fiel beim Läuten eine stehende Rentnerin schwere Glöcke herab, ohne Unglück anzurichten. Die Wucht des Falles wurde dadurch gemindert, daß der Boden des Glockenstuhls nur 60 bis 70 Zentimeter von der Glöcke entfernt war. Die Glöcke hat bei dem

Sturz mehrere Sprünge erlitten. Sie muß infolgedessen umgepfossen werden.

Zehn Meter tief den Abhang hinunter kürzte ein Laiano, das, einer Meldung aus Halle (Saale) zufolge, eine Anzahl Einwohner aus Ammarnode benutzten, um heimzuführen. Schuld an dem Unglück war das Rollen der Kette. Eine Frau war sofort tot. Drei andere Fahrgäste trugen schwere Verletzungen davon.

Auch ein Geschäft! Der Münchener Städtische Nachrichten dienst gibt bekannt: Das Aktienkapital der Hotel-M. G. der Stadtgemeinde München wurde bei einem effektiven Erwerbprets von 2 136 677 Mark (einschließlich der angefallenen Zinsen) um 1 800 000 Mark verkauft. Es ergibt sich somit ein für Münchener „Lernarbeiten“ erheblicher Rest von 336 677 Mark.

Ein Waidholungsheim für Lungentranke will die Stadt Selb (Bayern) in diesem Jahre erbauen. Da die Forstsektion Selb nach statistischen Feststellungen die meisten Tuberkulosekranken in ganz Deutschland aufweist, ist dieses Projekt besonders zu begrüßen.

Die eigene Schwester erschlagen. In Friedr. rchfeld (Baden) wurde in der Nähe des ertlichen Grundstücks auf dem Felde eine 14jährige Schülerin ermordet aufgefunden. Jetzt hat man als Täter den eigenen 24jährigen Bruder, einen jährzornigen Menschen, verhaftet. Als Grund zu der Tat gibt er an, seine Schwester aus Mangel darüber erschlagen zu haben, daß er von seinem Vater beauftragt war, seine Schwester die sich verpölet hatte, zu jagen. Er wollte seiner Schwester nur einen „Denksattel“ verabreichen. Eine Lösung habe er nicht beabsichtigt.

Wider Nachahmung zu einem Beleidigungsprozess. Als Nachwirkung eines Beleidigungsprozesses hat in Wien ein Mieter die Portierkammer des Hauses auf offener Straße niedergegeschoben, vor allem aus Mache dafür, weil der Prozess zu seinen Ungunsten geendet hätte.

Am Grabe der Mutter wieder die Sprache erlangt hat in Malsch (Schweden) eine 60jährige Frau, die seit 22 Jahren vollständig stumm war. Sie erlangte die Sprache in dem Augenblick wieder, als sie bei der Beerdigung ihrer Mutter dieser einen letzten Gruß nachrufen wollte.

Kleine Urkunde. Hr. Salzburg hatte sich ein Bahnbediensteter ein Haar aus der Nase gerissen, wodurch eine Blutvergiftung herbeigeführt wurde. Es trat Notlauf ein und nach kurzer Zeit war der Mann eine Leiche.

Sechs Ehemänner gewalttätig beseitigt. Drei Wochen nach der Trennung räumte in East Liverpool ein Frau ihren Gatten durch Gift aus dem Wege. Beim Verhör der Mörderin ergab sich, daß die Frau bereits zum siebenten Male verheiratet war und daß von ihren früheren Ehemännern fünf auf ähnliche Weise vom Leben zum Tode befördert wurden.

350 000 Dollar Schaden bei einem Flugplatzbrand. Nach einer Washingtoner Meldung wurden auf dem Armeelap in Bollingfield neun Flugzeuge, 12 unmontierte Vierzylinder-Motoren, sowie die Flughale vernichtet. Der Schaden wird auf 350 000 Dollar geschätzt. Festerhafte Anlage der elektrischen Leitung soll die Ursache des Brandes sein.

Damit er seine andere heiratete. Eine schwerfranke Frau in Mienens (Frankreich), die kurz vor dem Tode stand, erschoß ihren Ehemann vom Bett aus. Dann schickte sie ihm zum Ueberflug noch mit einem Kaffeemesser die Kehle durch und bradte sich selber erhebliche Verletzungen bei. Mit der entsetzlichen Brutalität hat die Frau die Wüstheit ihres Mannes bereitet, sich noch einmal zu verheiraten.

Einem Bombenanschlag zuvorgekommen. Von der Polizei in New York konnte ein italienischer Journalist festgenommen werden, der im Besitz zweier Bomben war, mit denen er einen Anschlag gegen die in New York erscheinende italienische Zeitung Corriere d'America verüben wollte, um der faschistischen Propaganda in America ein Ende zu machen.

Kleine Nachrichten.

* In aller Kürze werden in Berlin zahlreiche Auto-Anrufstellen zur Aufstellung kommen.

* Am 30. Januar tagt im Hotel Eplandade in Berlin der deutsche Bahndarste-Kongreß.

* Einer Meldung aus Hannover zufolge hat der Gewisse Haarmanns, Grans, gegen das neuerliche Urteil von zwölf Jahren Zuchthaus Revision angemeldet.

* Auf Veranlassung der Finanzdirektion in Neustadt (Südholstein) sind bisher annähernd 500 Gold-, Silber- und Textilwarensümmel verhaftet worden.

* In der Strafanstalt Karlsbad verlor, einer Prager Meldung zufolge, der wegen Ermordung des ehemaligen bulgarischen Botschaftsrats zu 15 Jahren Kerker verurteilte Student Selbstmord durch Erhängen.

Gingefand.

Eine mannhafte Tat.

Die wirtschaftliche Not ist dauernd in der Zunahme begriffen. Man hätte glauben sollen, daß sie die Menschen zwingen würde, die Vergnügungen etwas einzuschränken. Weit verfehlt. Kaum ein Mensch denkt daran, sich in dieser Beziehung irgendwelche Beschränkungen aufzulegen. Leider können sich auch die Vereine zu einer Abkehr von der bisherigen Uebung nicht entschließen. Sie glauben, die Wintervergügen, die üblich sind, unbedingt veranstalten zu müssen. Wer sich der W. h. unterzieht, für die Zeit seit Beginn des Winterhalbjahres die Vergnügungen in unserem Städtchen zu verzichten, wird bei Beendigung seiner Arbeit auf eine natürliche Uite blicken. Ich rufe hierdurch der Bevölkerung ein ernstes Wort zu. Sorgt dafür, daß die Zahl der Vergnügungen mit der Not der Zeit einigermassen im Einklang steht. Verwendet das ersparte Geld zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken! Den Vereinen, die im laufenden Winter noch feiern möchten, gebe ich den dringenden Rat, auf das geplante Vergnügen zu verzichten und die erdribrigte Summe zur Unterstützung hilfsbedürftiger Vereinsmitglieder zu benutzen. Das wäre eine mannhafte Tat. Welcher Verein rasißt sich zuerst zu einer solchen auf? Ein Mitbürger.

